

#Angekommen – Der Integrationskongress der Friedrich-Ebert-Stiftung 6. – 7. März 2017 der Friedrich-Ebert-Stiftung

6. März - Forum 12:

Die Einwanderung Geflüchteter und die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit

Thesenpapier von Sebastian Hartmann, MdB

1. Statistisch gesehen wird Deutschland immer sicherer.

Aktuelle Lage Zuwanderung:

Im Jahr 2015 wurden im EASY-System des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) insgesamt 1.091.894 Asylbegehrende anlässlich ihrer Verteilung auf Einrichtungen in den Ländern erfasst. Der Zustrom von Flüchtlingen und Asylbegehrenden nach Deutschland dauert weiterhin an, wobei die monatlichen Flüchtlingszahlen von Dezember 2015 bis April 2016 deutlich rückläufig waren und seit Mai 2016 auf niedrigem Niveau stagnieren. Für das Jahr 2015 wurden rund 890.000 Asylsuchende im Kerndatensystem (KDS)1 registriert, für die ersten neun Monate des Jahres 2016 waren es 213.000.

Die Sicherheitslage in Deutschland hat sich durch die Zuwanderung allerdings nicht verschlechtert. So hat sich etwa die Zahl der vollendeten Vergewaltigungen in den letzten zehn Jahren um 20 Prozent verringert. Auch das Jahr 2015 mit einem großen Zustrom an Männern stellt keinen Wendepunkt in dieser Entwicklung dar. Die Gesamtzahl aller Straftaten pro 100.000 Einwohner ist zwar angestiegen, allerdings aufgrund ausländerrechtlicher Verstöße (z.B. unerlaubte Einreise oder unerlaubter Aufenthalt). Betrachtet man nur die Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße, sank die Häufigkeitsanzahl der Straftaten im Jahr 2015 gegenüber 2014.

2. Kein direkter Bezug zwischen Anstieg der Flüchtlinge und einer höheren Kriminalität auszumachen

Wir brauchen eine differenzierte Betrachtung der Kriminalitätsstatistiken.

Die quartalsweise Entwicklung der Fallzahlen von Straftaten begangen durch Zuwanderer war in fast allen Deliktsbereichen tendenziell rückläufig. Von Januar bis September 2016 wurden 214.600 Fälle im Zusammenhang mit versuchten und vollendeten Straftaten registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger erfasst wurde. Die signifikantesten Rückgänge der Fallzahlen waren im Bereich der Diebstahlsdelikte sowie der Vermögens- und Fälschungsdelikte zu verzeichnen. Die Zahl der Straftaten gegen das Leben sowie die der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bewegten sich auf konstant niedrigem Niveau. Die überwiegende Mehrheit der Zuwanderer beging keine Straftaten. Die deliktischen Schwerpunkte bei den durch Zuwanderer begangenen Straftaten lagen im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte, der Diebstahlsdelikte sowie der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Innerhalb der Vermögens- und Fälschungsdelikte handelte es sich vorrangig um Fälle von Beförderungserschleichung (60 %). Im Bereich der Diebstahlsdelikte dominierte der Ladendiebstahl (64 %). Bei den Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit handelte es sich überwiegend um Körperverletzungsdelikte (79 %). Diese Schwerpunkte verweisen darauf, dass Gewalt und Kriminalität keine Frage der Herkunft ist, sondern von sozialen Verhältnissen abhängt. Umso wichtiger ist eine differenzierte Betrachtung der Kriminalstatistiken.

3. Subjektives Sicherheitsgefühl ist niedriger

Entgegen den Statistiken hat das Sicherheitsgefühl der Deutschen abgenommen. So fühlen sich laut einer repräsentativen Umfrage von Dimap¹ 23 Prozent der Deutschen eher oder sogar sehr unsicher. 32 Prozent der Deutschen fühlen sich zudem weniger sicher als noch vor zwei Jahren. Ebenfalls 32 Prozent gaben zudem an, sich besonders von Ausländern oder Flüchtlingen bedroht zu fühlen. Entsprechend dieser Zahlen hat auch die Zahl der Selbstbewaffnungen zugenommen. Mittlerweile gibt etwa jeder zehnte an, zu seinem Schutz zumindest Reizgas mit sich zu führen.

Neben dem Anstieg des Unsicherheitsgefühls in der deutschen Bevölkerung, zeigt sich zudem eine stärkere rechts-links Polarisierung. Die immer größere Differenzierung zwischen Asylbefürwortern und -gegnern mündet schließlich in einem Anstieg der politisch motivierten Gewalt.

4. deutlich mehr rechts- und (links)extreme Straftaten

- Sowohl im linken als auch im rechten Spektrum wurden die höchsten Zahlen seit Einrichtung des Meldedienstes (2001) aufgezeichnet.
 - Davon 35,1 % Propagandadelikte (im rechten Spektrum 53 %)
 - 18,3 % Volksverhetzung→ Politisch motivierte Gewalttaten sind um 30,7 % gestiegen = Höchststand
- Hasskriminalität – fremdenfeindlich und antisemitisch motivierte sowie gegen bestimmte Gruppen aufgrund ihrer Religion gerichtet Straftaten
 - Zunahme um 77 % (2014: 5.858 -> 2015: 10.373)
 - Insbesondere Fremdenfeindliche Straftaten + 116,2 %
 - "Hasspostings" + 176 % , überwiegend Volksverhetzung
- Straftaten gegen Asylunterkünfte
 - Rechts motiviert: 2015: 923 (2014: 175) + 427 %
 - Sonstig politisch motiviert: 2015: 108 (2014: 23) + 369,6 %
- Aufklärungsquote 2015: 44,8 % (2014: 42,6 %), bei Gewalttaten 58,1 %

5. Umfassendes und differenziertes Sicherheitskonzept umsetzen

Um das Grundrecht auf Sicherheit auch in Zukunft weiter gewährleisten zu können ist die Umsetzung einer umfassenden und differenzierten Sicherheitskonzeptes unbedingt notwendig. Zu diesem Zweck braucht es gut geschulte Polizeikräfte, die vor Ort Präsenz zeigen und finanziell sowie materiell entsprechend ausgestattet sind. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir als SPD hingegen ab. Nur durch eine gemeinsame Präventionsarbeit der Arbeit von Polizei und Justiz und einer Stärkung des innergesellschaftlichen Zusammenhalts entsteht schließlich ein höheres Maß an Sicherheit.

Dazu gehören gesetzliche Maßnahmen, wie eine gezieltere Videoüberwachung öffentlicher Räume oder die Verhängung der Abschiebehafte für ausreisepflichtige Gefährder. Aber allein durch verschärfte Gesetze lässt sich keine verbesserte Sicherheit garantieren. Genauso wichtig sind Präventionsmaßnahmen in der Bildungs- und Integrationsarbeit. Auch die

¹ Ergebnisse einer Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag des NDR vom 07.02.2017.

Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden gegen einen radikalen Islamismus bedeutet Prävention und wirkt gegen eine Radikalisierung sozial benachteiligter Jugendlicher. Denn wie bereits deutlich wurde: Kriminalität ist keine Frage der Herkunft, sondern eine des sozialen Status. Bildung und Integration, aber auch schärfere Gesetze und eine handlungsfähige Polizei sind unsere Antworten auf die aktuelle sicherheitspolitische Lage.